WP-4-331 Kapitel 4: Berlin lebt Vielfalt

Antragsteller*in: Jian Omar (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu WP-4

Von Zeile 331 bis 339:
Es ist unser Ziel, geflüchteten Menschen das Ankommen zu erleichtern. Dafür ist es entscheidend, dass sie angemessen untergebracht werden und wohnen können. Derzeit leben rund 40.000 Menschen in Unterkünften des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten, viele von ihnen mit gesichertem Aufenthaltsstatus. Obwohl sie Anspruch auf eigenen Wohnraum hätten, bleibt ihnen dieser aufgrund des Mangels an bezahlbaren Wohnungen verwehrt. Unser oberstes Ziel ist daher die Unterbringung in eigenem Wohnraum. Wo dies nicht möglich ist, wollen wir Grüne weg von der Massenunterbringung und hin zu dezentralen, menschenwürdigen Wohnformen.

~~Es ist unser Ziel, geflüchteten Menschen das Ankommen zu erleichtern. Dafür ist es entscheidend, dass sie angemessen untergebracht werden. Wir Grüne wollen weg von der Massenunterbringung und hin zu dezentralen, menschenwürdigen Wohnformen. In der Massenunterkunft in Tegel werden tausende Menschen auf engstem Raum untergebracht, der Zugang von Hilfsorganisationen ist erschwert und Kinder haben nur eingeschränkt die Möglichkeit, am Schulunterricht teilzunehmen. Das ist insbesondere für Familien und Kinder belastend in einer ohnehin schwierigen Lage.~~Große Massenunterkünfte haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sie den Bedürfnissen von Geflüchteten nicht gerecht werden. Am ehemaligen Standort Tegel wurden zeitweise tausende Menschen auf engstem Raum untergebracht, der Zugang von Hilfsorganisationen war erschwert und Kinder hatten nur eingeschränkt die Möglichkeit, am Schulunterricht teilzunehmen. Das war insbesondere für Familien und Kinder eine erhebliche Belastung in einer ohnehin schwierigen Lage. In der Neuaufstellung der Unterbringung setzen wir auf Wohnungen und kleinere Gemeinschaftsunterkünfte in allen Bezirken. Ein

Begründung

Viele geflüchtete Menschen leben trotz gesichertem Aufenthaltsstatus weiterhin in Unterkünften, obwohl sie Anspruch auf eigenen Wohnraum hätten. Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen verhindert den Übergang in selbstständiges Wohnen und verlängert unnötig den Aufenthalt in Unterkünften. Ziel dieses Änderungsantrags ist es, den Vorrang von eigenem Wohnraum klarzustellen und die Abkehr von Massenunterkünften hin zu dezentralen und menschenwürdigen Wohnformen konsequent zu verankern. Die Bezugnahme auf frühere Massenunterkünfte dient der Einordnung gemachter Erfahrungen und der Ableitung struktureller Konsequenzen für eine zukunftsfähige Unterbringungspolitik in Berlin.

Unterstützer*innen

Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Ronald Reimann (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Birgit Gust (KV Berlin-Kreisfrei); Mascha Brammer (KV Berlin-Mitte)